

Wirtschaftschronik

1983

15. Juni: Die Steueramnestie wird bis 31. Dezember 1983 verlängert (ursprünglich war sie mit 30. Juni 1983 befristet).

Juli: Die Kollektivvertragslöhne für die Arbeiter in der Papierindustrie werden um 4,8% und die Ist-Löhne um 3,8% angehoben.

August: Der Finanzminister vereinbart mit den Bausparkassen für zwischen dem 1. Oktober 1977 und dem 6. September 1979 abgeschlossene Bausparverträge die Gewährung einer erhöhten staatlichen Prämie von 18%, wenn die Spardauer um 2 Jahre verlängert wird. Damit soll dem 1984 und 1985 zu erwartenden Auszahlungsboom bei Bausparverträgen entgegengewirkt werden. Zusätzlich werden Budgetmittel für eine Zinsstützungsaktion bei Bauspar-Zwischenfinanzierungen bereitgestellt.

1. August: Als Folge der allgemeinen Zinssenkungsrunde vom 1. Juni wird die Verzinsung für (neue) Prämiensparverträge um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt auf $6\frac{1}{2}\%$ reduziert.

9. September: In Koordination mit der Deutschen Bundesbank erhöht die Oesterreichische Nationalbank den Lombardsatz um $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt auf $4\frac{3}{4}\%$. Der Diskontsatz in Höhe von $3\frac{3}{4}\%$ bleibt unverändert.

16. September: Die Bundesregierung gibt Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts 1984 bekannt. Die wichtigsten darunter sind:

— Erhöhung der Mehrwertsteuersätze von 8% auf 10%, von 13% auf 20%, von 18% auf 20% und von 30% auf 32%;

— Einführung einer Zinsertragsteuer in Höhe von 7,5% der Zinsgutschriften; ausgenommen sind nur Bausparguthaben und Wertpapiere, die vor dem 31. Dezember 1983 begeben wurden;

— Anhebung verschiedener Steuern und Gebühren: Anhebung der Kfz-Steuer (nach Hubraumklassen differenziert), Erhöhung der Versicherungssteuer von 7% auf 8%, Verdoppelung des Straßenverkehrsbeitrags, Verdoppelung der Schaumweinsteuer, Anhebung der Aufsichtsratabgabe um 50%, Anhebung der Spielbankenabgabe um 50%, Erhöhung von Stempel- und Rechtsgebühren um 10%;

— Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags. Außer den Steuererhöhungen sind auch Erleichterungen geplant:

— etappenweise Abschaffung der Gewerkekapi-
talsteuer (bis 1986);

— die Vermögensteuer für Betriebsvermögen wird um 10% reduziert (ab 1984);

— Erhöhung der Begünstigung für nicht entnommene Gewinne von 15% auf 20%;

— Erhöhung des Freibetrags bei der Gewerbeertragsteuer von 50.000 S auf 60.000 S und Verlängerung der Begünstigung bei den Dauerschuldzinsen.

Neben den steuerlichen Maßnahmen sind auch bei den Ausgaben eine Reihe von Änderungen vorgesehen:

— Reduzierung der Geburtenbeihilfe von 19.000 S auf 13.000 S;

— Einsparungen bei Schülerfreifahrten und Schulbüchern;

— Wegfall der Wohnungsbeihilfe von 30 S monatlich, Umwidmung dieses Betrags in den Bundeshaushalt;

— Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung;

— Einführung von Ruhensbestimmungen für pensionierte Beamte.